

SO sehen wir es

Herausgeberin: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
Nummer 4/94, November 1994 / Erscheint 4 x jährlich, Auflage 6'000 Exemplare
Preis: Normal-Abo Fr. 12.-- / Unterstützungs-Abo Fr. 25.--
PC-Kto. 80-43003-3, SO sehen wir es, Sozialdemokratische Partei Wädenswil
Druck: Arbeitszentrum am See, Giessen, Wädenswil



Appell von Bundesrätin Ruth Dreifuss für ein JA zum neuen Krankenversicherungsgesetz

Das neue Krankenversicherungsgesetz, über das Sie am 4. Dezember abstimmen werden, ist bitter nötig. Für viele sind die Krankenkassenbeiträge zu einer nicht mehr tragbaren Last geworden.

Das neue Gesetz garantiert allen den Zugang zu einer medizinischen Versorgung von hoher Qualität. Die obligatorische Grundversicherung bietet umfassende Leistungen. Schwerwiegende Lücken können endlich geschlossen werden. Unter anderem: die Hauspflegekosten werden zurückerstattet. Niemand muss mehr befürchten, wegen eines langen Spitalaufenthaltes aus der Krankenkasse ausgesteuert zu werden. Niemand muss mehr auf Vorsorgeuntersuchungen verzichten, denn die Kosten hierfür werden übernommen. Und wo die Unfallversicherung fehlt, springt die Krankenversicherung in die Lücke. Dies ist alles andere als ein Luxus.

Diese Verbesserungen werden zu einer leichten Prämienerrhöhung führen. Künftig werden jedoch alle Personen mit bescheidenem Einkommen direkt eine Prämienreduktion erhalten. Mit dem neuen Gesetz fahren zwei Drittel der Bevölkerung besser. Entweder wird ihre Prämie sinken, oder sie bekommen für die gleiche Prämie mehr Leistungen.

Klare GewinnerInnen sind Familien, Frauen, ältere Jahrgänge und alle, die mit bescheidenem Einkommen leben müssen. Wird es auch VerliererInnen geben? Gewiss können die Prämien nicht für alle sinken. Heute können Kassen, die vor allem junge und gesunde Mitglieder haben, tiefere Prämien anbieten, aber nur wenn sie eine wilde Jagd auf gute Risiken führen und die anderen ausschliessen. Künftig werden sie dies nicht mehr tun können, denn sie müssen auch für alte und kranke Personen offen stehen, ohne von ihnen erheblich höhere Prämien zu verlangen.

Erwachsene, die der gleichen Kasse angehören, werden künftig innerhalb des gleichen Kantons die gleiche Prämie bezahlen. Für junge Versicherte ohne Familie werden die Prämien unter Umständen steigen. Längerfristig ist das aber für sie durchaus kein Nachteil, denn auch sie könnten einmal schwer krank werden. Und sie werden später nicht übermässig hohe Prämien bezahlen müssen.

Mit dem Ja zur Mehrwertsteuer hat sich das Schweizer Volk auch schon damit einverstanden erklärt, dass ein Teil dieser Steuer, das heisst 500 Millionen Franken, für die Krankenversicherung verwendet wird. Mit dem, was der Bund bereits heute für die Krankenversicherung bezahlt, werden den Kantonen jährlich insgesamt zwei Milliarden Franken für die Prämienverbilligung zur Verfügung stehen. Die Kantone sind in der Organisation ihres Subventionierungssystems frei.



Bundesrätin Ruth Dreifuss bei ihrem Besuch am 17. November 1994 in Wädenswil

Aber auch sie müssen ihren Teil leisten. Kein Kanton wird jedoch für die anderen Kantone zahlen müssen.

Um die ständig steigenden Kosten zu bekämpfen, soll das Gesetz die Konkurrenz zwischen den Kassen spielen lassen. Die Kassen werden zum Nutzen der Versicherten dank fairem Wettbewerb bessere Tarife mit den Ärzten und den Spitälern aushandeln können.

Mit den dringlichen Bundesbeschlüssen hat der Bundesrat bereits einmal die Kostenbremse mit Erfolg betätigt. Aber nur vorübergehend. Sollte das Gesetz abgelehnt werden, so würden die Prämien wieder ansteigen, und es gäbe keine Möglichkeit, diesen Trend zu stoppen.

Ruth Dreifuss, Bundesrätin

SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss in Wädenswil

Der 17. November war ein grosser Tag für Wädenswil: Ruth Dreifuss war von der SP und der FDP Wädenswil eingeladen worden, über das neue Krankenversicherungsgesetz, über das am 4. Dezember abgestimmt wird, zu referieren.

Schon eine Stunde vor der Ankunft der SP-Bundesrätin konnte man die Spannung, mit der sie erwartet wurde, spüren. Sogar ein Fernsehteam war nach Wädenswil gereist, um den Anlass zu filmen! Kurz nach 20 Uhr traf dann Ruth Dreifuss ein und wurde von Rolf Kurath, dem Präsidenten der SP Wädenswil, herzlich begrüsst. Man fand gerade noch Zeit, der Bundesrätin die anwesende Wädenswiler Prominenz vorzustellen und ein paar Erinnerungsfotos zu schiessen.

Dann begann auch schon das Programm. Ruth Dreifuss und die anderen ReferentInnen wurden in der Glärnischhalle mit tosendem Applaus empfangen. Als weitere Gäste anwesend waren: SP-Nationalrätin *Ursula Hafner*, die sich für die ebenfalls zur Abstimmung gelangende SP-Initiative für eine gesunde Krankenversicherung einsetzte, sowie FDP-Nationalrätin *Trix Heberlein*, die sich für das neue Krankenversicherungsgesetz engagierte, sich aber gegen die Initiative aussprach. *Prof. Dr. Felix*



Ruth Dreifuss und Rolf Kurath im Gespräch

Gutzwiller leitete das Gespräch.

Bundesrätin Dreifuss verstand es auf erfrischende Art, dem Publikum die hochkomplexe Materie in verständlichen Worten darzulegen. Man spürte deutlich ihr Engagement, mit dem sie hinter der Vorlage steht. Für sie ist das neue Gesetz ein gutes Mittel, um die Krise der Krankenversicherung zu überwinden. Es ist sozialer, aber auch liberaler. Alle Menschen werden gleich behandelt. Dies fördert die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Armen und Reichen. Schliesslich kann mit dem Gesetz wirkungsvoll vermieden werden, dass sich nur noch die Reichen eine gute

Medizin leisten können.

Was Ruth Dreifuss besonders am Herzen liegt, ist die Gesundheitsvorsorge. Denn: "Frühzeitig erkennen ist besser als heilen". Wenn alle Leute die Möglichkeit haben, schweren Krankheiten frühzeitig vorzubeugen, dann ist das nicht nur angenehmer für diese, sondern auch billiger für die Allgemeinheit.

Machen wir es doch mit der Krankenversicherung auch so: beugen wir einer völligen Erkrankung dieser vor, mit einem überzeugten JA an der Urne. Oder noch viel besser: mit zwei JA (Gesetz und Initiative). *Hansjörg Schmid*

Drogenhilfe: Was läuft im Bezirk Horgen?

Die SO-Redaktion befragte den Projektleiter der Dezentralen Drogenhilfe im Bezirk Horgen, den Wädenswiler Ruedi Hotz, zu den Drogenhilfseinrichtungen im Bezirk Horgen.

SO: Für Projekte der Dezentralen Drogenhilfe im Bezirk Horgen stellen elf Bezirksgemeinden für das laufende und das kommende Jahr Kredite von je rund 550'000 Franken zur Verfügung. Der jährliche Anteil von Wädenswil beträgt 120'000 Franken. Was geschieht mit diesen Mitteln?

R. Hotz (RH): Im Auftrag der Gemeinden betreibt die Stiftung für Integration und Prävention (SIP) drei Notschlafstellen in Adliswil, Horgen und Wädenswil mit insgesamt 18 Uebernachtungsplätzen. Ebenfalls 18 Plätze stehen im Begleiteten Wohnen zur Verfügung, dies in insgesamt sieben über den Bezirk verteilten Wohnungen. Dazu kommen sechs begleitete Wohn-

plätze in einer Methadon-Wohngruppe in Langnau. In Thalwil konnten dieser Tage zudem der "Gotthard-Träff", eine Kontaktstelle für sozial benachteiligte Menschen, sowie ein betreutes Wohnangebot mit sechs bis sieben Plätzen eröffnet werden. Die - auch finanziell - schwergewichtigste Drogenhilfe-Einrichtung ist das Projekt "Wohnen + Beschäftigung" in Wädenswil mit sieben Plätzen, welches von der Stiftung SIP in Zusammenarbeit mit dem Verein Schärme geführt wird.

SO: Wie wirken sich diese Angebote auf das Befinden der Süchtigen aus?

RH: Die Dezentrale Drogenhilfe verfolgt primär zwei Ziele: Erstens will sie dazu beitragen, dass Drogenabhä-

ge ihre Suchtphase mit einer möglichst geringen Beeinträchtigung ihrer körperlichen, psychischen und sozialen Gesundheit überstehen können. Und zweitens motiviert sie drogenabhängige Menschen dazu, ihre bisherige Lebensführung zu ändern. Bezüglich beider Zielsetzungen können wir, über die letzten zwei Jahre betrachtet, von recht erfolgreichen Erfahrungen berichten, wobei selbstverständlich zu berücksichtigen ist, dass der Ausstieg aus einer langjährigen Sucht in der Regel weder kurz dauert, noch geradlinig verläuft.

SO: Ausser den bereits realisierten Einrichtungen braucht es sicher weitere Angebote. Was fehlt?

(Fortsetzung Seite 4 oben)

Drogenhilfe: Interview mit Stadtrat Vinzenz Bütler

Vinzenz Bütler, Vorsteher der Wädenswiler Sozialabteilung und Mitglied der CVP, gibt der SO-Redaktion in einem Interview Auskunft zur Drogen-Situation in Wädenswil.

SO: *Wieviele drogenabhängige WädenswilerInnen sind der Stadt bekannt?*

Vinzenz Bütler (VB): Momentan 52 Personen.

SO: *Wie kommen diese Personen in Kontakt zum Sozialdienst?*

VB: Es gibt verschiedene Gruppen von Drogenabhängigen, mit denen sich die Stadt befassen muss:

- Das Rückführungszentrum in Zürich meldet unserer Vormundschaftsbehörde aufgegriffene, oft verwahrloste Drogenabhängige. Uns noch nicht bekannte Personen werden durch die Vormundschaftsbehörde befragt und über die verschiedenen sozialen Angebote informiert. Der Sozialdienst übernimmt ihre Betreuung. Diejenigen, die der Sozialdienst schon längere Zeit betreut, werden sogleich aus dem Rückführungszentrum entlassen.

- Verschiedene Notschlafstellen informieren uns über den Aufenthalt von Wädenswiler Süchtigen.

- Im weiteren melden sich überforderte Angehörige sowie Ärzte oder andere Bezugspersonen.

SO: *Leben diese rund 50 Personen auf der Gasse?*

VB: Nein. Der grösste Teil hat einen festen Wohnsitz, viele noch bei den Eltern, andere sind mit einem Partner/einer Partnerin zusammen. Es sind momentan vier Süchtige, welche keine Wohngelegenheit haben. Sie kommen bei einer der Institutionen der Stiftung für Integration + Prävention (SIP) unter: Notschlafstelle, Begleitetes oder Betreutes Wohnen.

SO: *Werden diese Angebote der SIP freiwillig benützt?*

VB: Ja. Grundsätzlich müssen sich die KlientInnen um Betreuung bemühen. Meiner Meinung nach dürfte der Druck der Behörden aber etwas höher sein, vor allem auf jugendliche Drogen-EinsteigerInnen. Gerade sie hätten ja noch eine grosse Chance, den Ausstieg zu schaffen. Jedoch ist das bestehende Angebot nicht auf Jugendliche zugeschnitten. Auf Druck der Gemeindepräsidenten-Konferenz ist der Kanton jetzt daran, eine entsprechende Einrichtung zu schaffen. Ein fürsorglicher Freiheitsentzug ist aber auch deshalb

kaum möglich, weil generell zuwenig Therapieplätze vorhanden sind.

SO: *Genügt das Angebot der SIP?*

VB: Ja, es basiert auf vorgängigen Erhebungen und Berechnungen.

SO: *Wie steht es aber mit Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten? Die SIP kann ja nur sieben Plätze anbieten.*

VB: Die meisten Schwerstüchtigen sind gar nicht in der Lage, zu arbeiten. Sie brauchen primär eine geregelte Tagesstruktur, wie sie die SIP anbietet. Die Betreuung der Drogenabhängigen in einem Beschäftigungsprojekt ist sehr schwierig. Den meisten Süchtigen fehlt eben ein gewisses Durchhaltevermögen. Früher war es einfacher, in ein paar Stunden irgendwo ein wenig Geld zu verdienen, heute geht das nicht mehr. Sehr wichtig ist eine geregelte Arbeit vor allem für ehemalige Drogenabhängige nach einem erfolgten Entzug, um im "normalen" Leben wieder Fuss zu fassen. Für sie ist es aber heute besonders schwierig, Arbeit zu finden. Die Rezession und Automatisierung haben das Angebot an Nischenarbeitsplätzen wegrationalisiert.

SO: *Da könnte die Stadt doch einspringen und Kontakte zu Industrie und Gewerbe herstellen?*

VB: Offiziell läuft das nicht. Ich selber bemühe mich aber immer wieder darum. Leider machen viele ArbeitgeberInnen schlechte Erfahrungen.

SO: *Die offene Drogenszene Letten darf erst geschlossen werden, wenn die Gemeinden die nötigen Strukturen bereitgestellt haben. Ist Wädenswil vorbereitet?*

VB: Wädenswil bietet im Rahmen der SIP den Drogenabhängigen jetzt schon genügend Möglichkeiten an. Man muss also nicht mit einem plötzlichen Andrang von Schwerstüchtigen rechnen. Ueber die Entwicklung der Drogenszene kann ich aber keine Prognose stellen.

SO: *Die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe wird gesamtschweizerisch auf 950 Plätze erweitert. Wird Wädenswil mitmachen?*

VB: Damit die Schwerstüchtigen wieder zur Ruhe kommen können, erachte ich

die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe als absolute Notwendigkeit. Weil diese Abgabe auf Bezirksebene gelöst werden muss, und weil sie wahrscheinlich unumgänglich sein wird, erarbeitet die SIP im Auftrag der Gemeindepräsidenten-Konferenz ein entsprechendes Konzept.

SO: *Was meinen Sie persönlich, wohin der Weg in der Drogenproblematik führen sollte?*

VB: Ich sehe die Drogensucht als Symptom unserer Gesellschaft. Ich denke, dass dem einerseits in kleinen Gemeinschaften (z.B. Familie) entgegen gearbeitet werden könnte, sozusagen als Prävention. Andererseits ist eine differenzierte Drogenpolitik nötig: genügend Therapieplätze durch Bund und Kanton, ärztlich kontrollierte Heroinabgabe, genügend Wohn- und Beschäftigungsstrukturen, gewisse Repression gegen Dealer, Möglichkeiten schaffen für einen Zwangsentzug für Einsteiger/innen (dazu gehören auch speziell geeignete Therapieplätze für Jugendliche), keine Liberalisierung des Drogenkonsums. Persönlich bereitet es mir aber Mühe, hinzunehmen, dass es in unserer Gesellschaft so viele Drogenabhängige geben soll. Mein Ziel ist ein Rückgang der Drogensucht.

SO: *Herr Bütler, wir danken Ihnen für das Interview.*

Interview: Hanna Landolt und Beatrice Margna-Haldimann

Die SP dankt...

Claire Linnekogel-Rometsch für ihren langjährigen grossen Einsatz in den Behörden. Sie tritt leider aus gesundheitlichen Gründen von ihrem erst kürzlich angetretenen Amt als Gemeinderätin zurück. Wir wünschen Claire alles Gute für die Zukunft!

Die SP gratuliert...

Alessandra Diener, die neu in den Gemeinderat nachrückt. Die politischen Schwerpunkte der gelernten Damenschneiderin sind: Jugend (Freizeit, Drogen...), Arbeitslosigkeit, Verkehr, Umwelt und "weniger Hick-Hack im Gemeinderat". Wir wünschen Alessandra viel Freude und Erfolg im neuen Amt!

(Fortsetzung von Seite 2)

RH: Insbesondere für Jugendliche, die erst seit kurzer Zeit Drogen konsumieren, besteht bisher kein geeignetes Angebot im Wohnbereich. Wir beschäftigen uns aber derzeit mit der Planung einer auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Gruppe zugeschnittenen Einrichtung und hoffen, diese im kommenden Frühling eröffnen zu können.

Was aber vor allem fehlt, sind Beschäftigungsprojekte wie beispielsweise ein Job-Bus. Da solche Angebote aber sehr teuer sind (für einen Job-Bus mit fünf bis sechs Plätzen ist mit jährlichen Kosten von rund 200'000 Franken zu rechnen), konnte - wegen der angespannten Finanzlage der öffentlichen Hand - dafür bis jetzt noch keine politische Mehrheit gewonnen werden.

SO: Der "Letten" soll 1995 geräumt werden. Genügen die bestehenden Angebote im Bezirk Horgen?

RH: Ueber die konkreten Auswirkungen der sogenannten "Ausdünnung" und geplanten Räumung der offenen Zürcher Drogenszene können wir gegenwärtig nur spekulieren. Gegenüber anderen Regionen hat der Bezirk Horgen jedoch bestimmt den Vorteil, in den letzten zwei Jahren ein breites und differenziertes Angebot von Hilfseinrichtungen aufgebaut zu haben. Ich denke, dass wir damit auf neue Anforderungen flexibel reagieren können.

SO: In Zürich laufen die Versuche mit ärztlich kontrollierter Heroinabgabe an hundert schwer Drogenabhängige seit Anfang dieses Jahres. Nun hat der Bundesrat eine Ausdehnung auf gesamtschweizerisch 950 Personen beschlossen. Um die Stadt Zürich zu entlasten, sind auch die Regionen gefordert, Abgabeprogramme zu realisieren. Wird der Bezirk Horgen hier mitmachen?

RH: Anfangs November haben wir beim Bundesamt für Gesundheitswesen das Interesse des Bezirks Horgen an der Beteiligung der Versuche mit kontrol-

SP Sozialdemokratische Partei Wädenswil

Volksabstimmung 4. Dez. 1994

Kanton Zürich:

Arbeitslosengesetz **JA**

Sozialhilfegesetz **JA**

Bund:

SGB/SPS-Initiative "für eine gesunde Krankenversicherung" **JA**

Krankenversicherungsgesetz **JA**

Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht **NEIN**

lierter Heroinabgabe angemeldet. Im Auftrag der politischen Behörden erarbeiten wir gegenwärtig ein Konzept, welches aufzeigen wird, ob ein Versuch in unserer Region durchgeführt werden kann. In etwa zwei Monaten liegen die Resultate dieser Abklärungen vor, und danach werden die politischen Behörden entscheiden müssen, ob sie sich an den erweiterten Versuchen beteiligen wollen.

SO: Was meinen Sie persönlich, wohin der Weg in der ganzen Drogenproblematik führen sollte?

RH: Ohne verharmlosen zu wollen: Nicht die Droge an sich führt zu den sichtbaren Folgeerscheinungen wie Verelendung und Verwahrlosung, sondern vielmehr die Illegalität der Beschaffung und des Konsums. Wir werden folglich nicht darum herumkommen zu überlegen, wie wir den unkontrolliert-illegalen in einen kontrolliert-legalen Konsum umwandeln können. Und als zweites: Die drogenpolitische Auseinandersetzung muss endlich pragmatisch und sachlich werden; Schlagworte, Polemiken und populistische Sprüche tragen rein gar nichts zu einer Lösung bei.

SO: Herr Hotz, wir danken Ihnen für diese Informationen.



Talon

Euer "SO sehen wir es" hat mich neugierig gemacht. Ich möchte:

- ° Allg. Unterlagen über die SP
- ° Das "SO" abonnieren. (Fr. 12.-- pro Jahr)
- ° Ein Gespräch mit einem SP-Mitglied

NAME / VORNAME, ADRESSE:

.....
.....

Senden an: SP, Postfach 552
8820 Wädenswil



Im Schulhaus Langnütt feiern Lehrer und SchülerInnen Samichlaus mit Nüssli und Manderinli. Da sieht der Lehrer, wie Urs mühsam an etwas herumkaut: "Was chätschisch denn eso, Urs?" Urs treuherzig: "Es isch wäge der Abfallgebüür. Ich isse d'Nüssli mit Schelfere, es isch denn billiger."

Redaktion:
Heinz Horn, Hanna Landolt,
Beatrice Margna-Haldimann,
Verena Schönholzer,
c/o SP, Postfach 552, 8820 Wädenswil